

Antragsbuch

SÄA01 § 8.3

Antragssteller: Heiko Wolf

Bisherige Form:

(3) Eine vorherige Einladung in Textform ist zulässig. Hat der so eingeladene Pirat den Empfang bestätigt, kann die schriftliche Einladung entfallen.

Beantragte Form:

(3) Eine vorherige Einladung in elektronischer Form ist zulässig. Hat der so eingeladene Pirat den Empfang bestätigt, kann die schriftliche Einladung entfallen.

Begründung:

Der Begriff „Textform“ ist nicht unbedingt eindeutig, daher sollte dieses Wort durch „elektronischer Form“ ersetzt werden, um auf die Verwendung von z. B. E-Mail besser hinzuweisen.

SÄA02 § 7.3

Antragssteller: Heiko Wolf

Bisherige Form:

(3) Die Mitglieder des Kreisvorstandes werden vom Kreisparteitag in freier und geheimer Wahl für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Die Amtszeit kann durch Abwahl vorzeitig beendet werden. Die Abwahl kann von 10% der Mitglieder beantragt werden. Die Abwahl ist angenommen, wenn eine Dreiviertelmehrheit der Mitgliederversammlung die Abwahl beschließt.

Beantragte Form:

(3) Die Mitglieder des Kreisvorstandes werden vom Kreisparteitag in freier und geheimer Wahl für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Die Amtszeit kann durch Abwahl vorzeitig beendet werden. Die Abwahl kann von 10% der Mitglieder des Kreisverbandes beantragt werden. Die Abwahl ist angenommen, wenn eine Dreiviertelmehrheit der Mitgliederversammlung die Abwahl beschließt.

Begründung:

Erläutert den Begriff Mitglieder genauer.

SÄA03 § 7.8

Antragssteller: Heiko Wolf

Bisherige Form:

(8) Der Kreisvorstand gilt als nicht handlungsfähig, wenn zwei oder mehr Mitglieder zurückgetreten sind, ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen können oder wenn der Kreisvorstand sich selbst für handlungsunfähig erklärt. Vom restlichen Kreisvorstand ist zur Weiterführung der Geschäfte eine kommissarische Vertretung zu ernennen. Diese endet mit der Neuwahl des gesamten Vorstandes.

Beantragte Form:

(8) Der Kreisvorstand gilt als nicht handlungsfähig, wenn

- a) der Vorsitzende zurücktritt
- b) der Kreisschatzmeister zurücktritt
- c) der Kreisvorstand aus weniger als drei Mitgliedern besteht
- d) der Kreisvorstand sich selbst als handlungsunfähig durch Beschluss erklärt
- e) die Kreisversammlung die Abwahl nach §7.3 beschließt.

Vom Landesverband ist so schnell wie möglich eine kommissarische Vertretung zur Weiterführung der Geschäfte zu ernennen. Eine Ämteraddition ist zu vermeiden. Die Vertretung endet mit der Neuwahl des gesamten Vorstandes. Die Neuwahl hat in einen schnellstmöglichen stattfindenden außerordentlichen Kreisparteitag zu erfolgen. Es gilt dazu §8.5 dieser Satzung.

Begründung:

Der bisherige Teil kollidiert in einigen Punkten mit dem Parteiengesetz bzw. ist nicht ganz eindeutig. Gemäß PartG § 11.1 muss der Vorstand aus mindestens drei Mitgliedern bestehen. In der bisherigen Form ist der Vorstand erst handlungsunfähig, wenn mindestens zwei Mitglieder zurücktreten sind. Besteht der Vorstand allerdings nur aus drei Personen ist dies nicht zulässig, daher eine klarere Form. In § 11.2 des PartG wird in einen Nebensatz zwei Funktionäre des Vorstandes genannt: „Vorsitzender und Schatzmeister einer Partei“. Es darf daher davon ausgegangen werden, dass diese wesentliche Bestandteile des Vorstandes sind. Ein Fehlen von mindestens einer dieser beiden Funktionen würde somit Handlungsunfähigkeit nach sich ziehen, daher sollte eine Regelung eingeführt werden, was in diesen Fall eintritt. Die restliche Aspekte der beantragten Fassung verbinden Absatz 8 und 9, um eine eindeutige Regelung zu zeigen.

SÄA04 § 7.9

Antragssteller: Heiko Wolf

Bisherige Form:

(9) Tritt der gesamte Vorstand geschlossen zurück oder kann seinen Aufgaben nicht mehr nachkommen, so hat der Landesvorstand einen kommissarische Vertretung zu ernennen, bis ein von diesem Vorstand einberufener außerordentlicher Parteitag schnellstmöglich stattgefunden und einen neuen Kreisvorstand gewählt hat.

Beantragte Form:

Entfällt vollständig.

Erläuterung:

Ist in Absatz 8 mit eingeflossen.

SÄA05 § 7.1

Antragssteller: Heiko Wolf

Bisherige Form:

(1) Dem Kreisvorstand gehören mindestens drei Piraten an: Ein Vorsitzender, ein stellvertretender Vorsitzender und der Kreisschatzmeister.

Beantragte Form:

(1) Dem Kreisvorstand gehören mindestens drei Piraten an: Ein Vorsitzender, ein stellvertretender Vorsitzender und der Kreisschatzmeister. Die Trennung von Amt und Mandat ist zu wahren.

Erläuterung:

Die Trennung von Mandat und Amt gehört zum Selbstverständnis des Antragstellers, daher sollte dies auch in der Praxis realisiert werden. Verringerte Abhängigkeit eines Volksvertreters zur einer Partei ist unabdingbar.

PA01 "Fließendes Geld"

Antragssteller: Uwe Wagner

Antragstext:

Die Piraten Leipzig wollen das Konzept eines "fließenden Geldes" als eine wesentliche Komponente zur Erreichung einer gerechteren Gesellschaft umsetzen. Die Umsetzung eines "fließenden Geldes", Wege dahin sowie dazu bereits existierende Pläne sollen aus diesem Grund in der Öffentlichkeit bekannt gemacht und unvoreingenommen diskutiert werden.

(Näheres dazu unter Punkt Sonstiger Antrag)

PA02 - "Bedingungsloses Grundeinkommen"

Antragssteller: Uwe Wagner

Antragstext:

Die Piraten Leipzig wollen das Konzept eines "bedingungslosen Grundeinkommens" als eine wesentliche Komponente zur Erreichung einer gerechteren Gesellschaft umsetzen. Die Umsetzung eines "bedingungslosen Grundeinkommens", Wege dahin sowie dazu bereits existierende Pläne sollen aus diesem Grund in der Öffentlichkeit bekannt gemacht und unvoreingenommen diskutiert werden.

(Näheres dazu unter Punkt Sonstiger Antrag)

PA03 - "Soziales Bodenrecht"

Antragssteller: Uwe Wagner

Antragstext:

Die Piraten Leipzig wollen das Konzept eines "sozialen Bodenrechtes" als eine wesentliche Komponente zur Erreichung einer gerechteren Gesellschaft umsetzen. Die Umsetzung eines "sozialen Bodenrechtes", Wege dahin sowie dazu bereits existierende Pläne sollen aus diesem Grund in der Öffentlichkeit bekannt gemacht und unvoreingenommen diskutiert werden.

(Näheres dazu unter Punkt Sonstiger Antrag)

PA04 - "Freie Presse"

Antragssteller: Uwe Wagner

Antragstext:

Die Piraten Leipzig wollen das Konzept einer "freien Presse" als eine wesentliche Komponente zur Erreichung einer gerechteren Gesellschaft umsetzen. Die Umsetzung einer "freien Presse", Wege dahin sowie dazu bereits existierende Pläne sollen aus diesem Grund in der Öffentlichkeit bekannt gemacht und unvoreingenommen diskutiert werden.

(Näheres dazu unter Punkt Sonstiger Antrag)

PA05 - Solardächer über Leipzig

Antragstyp: Positionspapier

Antragssteller: Frank Umann

Antragstext:

Wir Piraten setzen uns dafür ein, dass alle geeigneten Dächer der Stadt Leipzig sowie ihrer kommunalen Betriebe für die Stromerzeugung durch Photovoltaik genutzt werden.

Dies soll vorrangig in Form von Bürgerkraftwerken geschehen, aber auch durch die kommunalen Betriebe oder private Investoren. Kein geeignetes Dach darf ohne Photovoltaik bleiben.

Anstelle von Photovoltaik sollen Gebäude, die auch im Sommer großen Wärmebedarf haben (z.B. Schwimmbäder) mit Solarthermie ausgestattet werden.

Hierzu muss zunächst der gesamte Bestand an tauglichen Dächern ermittelt und veröffentlicht werden. Neubauten sollen so errichtet werden, dass sie für Photovoltaik geeignet sind. Sofern die PV-Anlagen von privaten Investoren errichtet werden, soll der Zuschlag durch transparente, öffentlich einsehbare Bieterverfahren erfolgen.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützt dieses Vorhaben und stellt hierfür entsprechende Musterverträge und Umsetzungshinweise zur Verfügung. (Link: <http://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/?offset=1&query=vertragsmuster&x=0&y=0>)

Modul 1: Außerdem müssen entsprechende behördliche Hürden abgebaut werden. So muss z.B. die Leitungsführung an der Außenseite von Gebäuden erlaubt sein. Auch müssen verwaltungsinterne Widerstände entkräftet werden. Sofern es sich nicht um besonders exponierte Baudenkmäler handelt, muss auch der Denkmalschutz Zugeständnisse machen.

Begründung:

- 1) Die Sonne stellt keine Rechnung.
- 2) Die Dachflächen sind ohnehin vorhanden.
- 3) Die öffentliche Hand sollte ihren Beitrag zur Energiewende leisten.
- 4) Durch die inzwischen drastisch sinkenden Kosten und Einspeisevergütungen für Solarstrom halten sich die Mehrkosten für die Verbraucher aus neu errichteten PV-Anlagen in immer engeren Grenzen.
- 5) Viele Kommunen setzen dieses Konzept bereits um.

6) Die Bundesrepublik hat sich zu weitgehender Minderung des CO₂-Ausstoßes verpflichtet. Wenn alle geeigneten öffentlichen Dächer genutzt würden, wäre deren Beitrag erheblich.

7) Dies ist ein Beitrag zum Klimaschutz und zur Unabhängigkeit von Rohstoffen.

8) Die Stadt Leipzig kann dringend benötigte Einnahmen erzielen, indem die entsprechenden Dachflächen verpachtet werden.

PA06 - "Bürgerbeteiligung in Leipzig"

Antragstyp: Wahlprogrammantrag

Antragssteller: Henny Kellner, Reiner Kaesberger, Hartmut Thomas, Thomas Walter

Antragstext:

Die Piraten Leipzig mögen den nachfolgenden Text als Bestandteil ihres kommunalen Wahlprogrammes beschließen:

Die Piraten Leipzig fordern eine intensive Beteiligung der Leipziger Einwohner bei kommunalen Entscheidungsprozessen.

Die Verwaltung soll den Einwohnern frühzeitig aufzeigen, welche Entscheidungen wann anstehen oder welche Entscheidungen angestrebt werden.

Jedermann soll das Recht haben, auf die relevanten Informationen zu den jeweiligen Themen zuzugreifen und seine Meinung einzubringen.

Vorschläge bzw. Anregungen sind in die Verwaltungsverfahren einzubeziehen.

Das sinnvollste Mittel um diese Einwohnerbeteiligung zu gewährleisten, ist ein Internetportal zu schaffen, das klar nach Themen gegliedert ist und die Strukturen der Verwaltung übersichtlich wiedergibt. Alle Verwaltungsstellen wären verpflichtet, ihre Entscheidungsvorlagen und zugehörigen Informationen dort zu veröffentlichen. Kommentare zu diesen Vorlagen sollen für jedermann möglich und sichtbar sein.

Ebenso muss regelmäßig im Amtsblatt auf dieses noch zu schaffende Portal verwiesen werden und ein Überblick über die aktuell anstehenden Themen gegeben werden.

Nicht mit Computern und Internet ausgestatteten Bürgern können an öffentlichen Terminals - vorerst im Rathaus und den Bürgerämtern aufgestellt - Einsicht nehmen und sie interessierende Seiten ausgedruckt bekommen.

Es sollte möglich sein, auch in schriftlicher Form Eingaben zu leisten, welche in das Portal einzupflegen sind.

Die Information zu anstehenden Entscheidungen muss so rechtzeitig erfolgen, dass weitgehende Mitwirkungsmöglichkeiten gewährleistet sind. Jede Verwaltungsstelle hat Vorlagen, die später Grundlagen für Dienstvorlagen für den OBM oder Entscheidungen des

Stadtrates sein könnten, bereits dann zu veröffentlichen, sobald amtlich ein Bedürfnis erkannt wird.

Gleiches soll für alle Entscheidungen Gültigkeit haben, die auf der Ebene des Beigeordneten stattfinden. Die Dienststellen der Stadt Leipzig sind entsprechend zu verpflichten.

Jede Entscheidungsvorlage soll den Vermerk enthalten, wann das Bedürfnis erstmalig erkannt worden ist und wann die Bürgerbeteiligung erstmalig ermöglicht wurde und hat zugleich eine inhaltliche Würdigung der erfolgten Bürgerbeteiligung zu enthalten, die ebenso wie die Endentscheidungen auf dem Portal einzusehen sein muss. Auch in Eilfällen soll unverzüglich ein Entscheidungsbedürfnis auf dem Internetportal einzusehen sein. Eine Rubrik „Eilentscheidungen“ soll dies zusätzlich zu den Themengruppen transparent machen.

Begründung:

Die hier geforderte Bürgerbeteiligung hat zwar keine rechtliche Bindung für die abschließenden Entscheidungen der Verwaltung, ist jedoch ein wichtiger Baustein und Vorstufe auf dem Weg zu mehr direkter Demokratie und mehr Transparenz. Diese Forderung geht einher mit der Forderung nach einer Transparenzsatzung für Leipzig (nach dem Hamburger Modell), mithin einer GLÄSERNEN VERWALTUNG. So sind bei vielen Entscheidungen der Stadt verschiedene Ämter gefragt. Interessen des Denkmalschutzes, des Umweltschutzes, der Wirtschaft, des Verkehrs, der Stadtplanung usw... können miteinander kollidieren und wurden auch für den Bürger bislang nicht transparent artikuliert. Hier ist es besonders wichtig, dem Bürger diese verschiedenen Sichtweisen schon so frühzeitig aufzuzeigen und diesem zu ermöglichen, sich hier einzubringen, bevor die endgültige Abwägung bei der Entscheidung erfolgt. Bislang wurden die Bürger, aber auch die Stadträte vor vollendeten Tatsachen gestellt und es finden meist eine Entscheidung nach Vorgabe der Verwaltung statt und die intransparenten und verschlungenen Wege dorthin blieben im Dunkeln. Es liegt jedoch in der Macht des Stadtrates und des OBM hier ein Paradigmenwechsel herbeizuführen. Und dies ohne Gesetzesänderung!

Es gibt in Leipzig von mehreren Seiten Ansätze für verbindliche Wege zu einer ernsthaften Bürgerbeteiligung. Ohne eine geregelte VERBINDLICHKEIT im Hinblick der Einwohner und der Rückwirkung ihrer Anfragen und Vorschläge auf die Verwaltungs- und Gestaltungsprozesse bleiben alle Maßnahmen "Öffentlichkeitsarbeit" der Politik und Verwaltung. Damit würde nur Energie der Bürger verschlissen ohne Ergebnis!!

Wird diese politische Forderung umgesetzt, hätte das einen durchschlagenden Effekt für Leipzig: Es werden Synergien geschaffen, die Akzeptanz und das Vertrauen des Bürgers in die Verwaltung wächst wieder, Interessenverflechtungen stehen sachgerechten Entscheidungen weniger im Wege, es wird schwerer am Bedarf des Bürgers vorbei zu entscheiden usw.

Frühzeitige Informationen sind auch für verschiedene Verwaltungsstellen nützlich die direkt oder indirekt von Planungen betroffen sind und dann aus ihrer Sicht rechtzeitig in die Planung eingreifen können.

Jede Möglichkeit, welche die Menschen übergehende Intransparenz der Verwaltung einschränkt, muss ergriffen werden. Zudem kann eine wirksame Bürgerbeteiligung stimulierend auf den Stadtrat wirken. Im politischen Wettbewerb um Unterstützung und

Stimmen der Bürger werden die Fraktionen Ideen der Bürger aufgreifen und gegebenenfalls sogar bessere Vorschläge machen.

So kommen wir zu einem Politikwechsel, für den die Piraten als Partei und mit uns arbeitende zivilgesellschaftlichen Kräfte, wie Mehr Demokratie e.V., stehen!

PA07 - "Bürgerbeteiligung in Leipzig" - Hilfsantrag

Antragsstyp: Hilfsantrag zum Wahlprogramm, falls PA06 "Bürgerbeteiligung in Leipzig" abgelehnt wird

Antragssteller: Thomas Walter

Antragstext:

Die Piraten Leipzig fordern eine intensive Bürgerbeteiligung für alle Verwaltungsangelegenheiten der Stadt Leipzig.

Es ist ein Internetportal einzurichten. Hierin hat die Verwaltung frühzeitig themengegliedert aufzuzeigen, welche Entscheidungen wann anstehen. Jedermann hat die Möglichkeit in diesem Portal seine Meinung dazu für alle sichtbar einzubringen. Die Verwaltung hat dies in den Verfahren ihrer Entscheidungen zu berücksichtigen und zu würdigen.

Vorstehendes soll für alle Vorgänge gelten, die später einmal auf der Ebene des Beigeordneten, OBM oder Stadtrat zu einer Entscheidung anstehen sollen.

Begründung:

siehe Hauptantrag

PA08 - "Piraten Leipzig zur Kulturfinanzierung"

Antragstyp: Wahlprogrammantrag

Antragssteller: Sasha (auf dem KPT vertreten durch Thomas W.)

Antragsstext:

Es wird beantragt, nachstehenden Programmpunkt in das Kommunalprogramm der Piraten Leipzig aufzunehmen:

Piraten stehen für Erhaltung von Kunst und Kultur in Leipzig. Hierzu wird ein dauerhaft stabiler Kulturhaushalt in Höhe von etwa 9,5 Prozent des Gesamthaushalts angestrebt. Dies

entspricht momentan einem Betrag von jährlich ca. 135,4 Mio. Euro. (Gegenwärtig entspricht der Kulturhaushalt nur knapp 9 Prozent.)

Da der Kulturhaushalt aus laufenden Einnahmen der Stadt Leipzig nicht zukunftssicher finanziert werden kann, stehen Piraten für die Einführung einer gemeinschaftlich finanzierten Kulturabgabe. Diese finanziert laufende Kulturausgaben und notwendige Investitionen in kulturelle Infrastruktur und Substanzerhalt. Inwieweit die Kulturabgabe neben bisherige Finanzierung tritt oder diese ersetzt, ist durch Bürgerentscheid zu bestimmen. Alternativ wäre Kostenkürzung mittels Kulturabbau, den Piraten gerade nicht wollen. Die Einführung einer Kulturabgabe bedarf der Änderung der Landesgesetze. Hierfür setzen wir uns ein.

Unabhängig von der Finanzierungsfrage sind Piraten offen für neue Kunst- und Kulturkonzepte, die Umgestaltung und Reorganisation einschließen. Auch Kostenstrukturen sind zu überdenken. In diesem Zusammenhang ist zu befinden, ob geringe Deckungsbeiträge über den Kulturhaushalt zu finanzieren sind und die Einrichtungen dafür freien Eintritt gewähren. Auch eine Kultur-Flatrate ist vorstellbar. Piraten stehen für Mut zu Experiment und „Feldversuch“.

Kurzum: Leipzigs einzigartiger Kunst- und Kulturbetrieb ist zu bewahren, braucht aber keine „heiligen Kühe“. Über maßgebliche Änderungen ist im Zweifel durch Bürgerentscheid zu befinden.

PA09 - "Piraten Leipzig zum ÖPNV"

Antragstyp: Grundsatzprogrammantrag

Antragssteller: Sasha (auf dem KPT vertreten durch Thomas W.)

Antragstext:

Es wird beantragt, nachstehenden Programmpunkt in das Kommunalprogramm der Piraten Leipzig aufzunehmen:

ÖPNV ist kommunale Aufgabe und Bindeglied zwischen Stadtentwicklung und Umweltschutz. Piraten stehen für gemeinschaftlich finanzierten öffentlichen Nahverkehr mit maximaler Auslastung und Zurückdrängung des Individualverkehrs in der Stadt Leipzig.

Ziel ist, deutlich mehr Menschen im ÖPNV zu befördern als bisher und Fahrpreise signifikant zu senken. Dies haben LVB durch progressive Preis- und Tarifpolitik umzusetzen. Gleichzeitig findet Streckenausbau und Modernisierung der Fahrzeugflotte statt.

Innerhalb von 10 Jahren soll sich der Individualverkehr deutlich zugunsten des ÖPNV verringern. Umweltzonen braucht es dann nicht mehr. Die Stadt wird leiser, sauberer und sicherer sein, zum Vorteil aller.

PA10 - "Positionierung zu OpenData auf Kommunalen Ebene"

Antragstyp: Grundsatzprogrammantrag

Antragssteller: Max Brauer

Der Kreisparteitag möge beschließen, folgenden Antrag in das Grundsatzprogramm der Leipziger Piraten aufzunehmen.

Antragstext:

Die Leipziger Piraten setzen sich für Ausbau und die Förderung von OpenData-Strukturen auf Kommunalen Ebene ein.

Begründung:

Die Piratenpartei steht für konsequente (echte) Demokratie, Offenheit und Transparenz. Wir wollen, dass jeder Mensch prinzipiell in die Lage versetzt wird die Arbeitsweise aller öffentlichen Vorgänge und öffentlich finanzierter Stellen im Detail zu verstehen und zu bewerten (Informationsfreiheit und Teilhabe). Dies setzt voraus, dass die dort anfallenden Informationen sofort, ungefragt, standardisiert, dauerhaft und frei (online) verfügbar gemacht werden (Open Data). Den Bürgern als mittelbare Auftraggeber ist das Recht einzuräumen, öffentlich finanzierte Inhalte nach Belieben abzurufen, zu verwenden und weiterzugeben (Open Commons). Siehe auch

http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Freier_Zugang_zu_öffentlich_inhalten

PA11 - "Förderung und Ausbau vorhandener OpenData-Strukturen in Leipzig"

Antragstyp: Wahlprogrammantrag

Antragssteller: Max Brauer

Der Kreisparteitag möge beschließen, folgenden Antrag in das Wahlprogramm der Leipziger Piraten aufzunehmen.

Antragstext:

Die Leipziger Piraten setzen sich dafür ein, dass alle durch Steuermittel erhobenen Daten der Stadt Leipzig als Open Data verfügbar gemacht werden. Aus diesem Grund sind die Leipziger Piraten für eine, konsequente Förderung des "API.Leipzig Projektes" durch die Stadt Leipzig.

Begründung:

Leipzig hat mit dem Projekt API.Leipzig bereits eine OpenData Schnittstelle, welche von der Wirtschaftsförderung initiiert wurde. Gegenwärtig beteiligt sich die Stadt Leipzig nicht oder nur unwesentlich an dem Projekt, was sich sehr deutlich an der Geschwindigkeit der

Schnittstelle zeigt. Der Dienst läuft auf einer gesponsorten, virtuellen Maschine welche nicht die nötigen Kapazitäten hat. Eine finanzielle Unterstützung des Projektes seitens der Stadt ist mit verhältnismäßig wenig Mitteln möglich.

PA12 - "Gegen Videoüberwachung"

Antragssteller: Heiko Wolf

Antragstext:

Die Piratenpartei Deutschland Kreisverband Leipzig sprechen sich gegen die Videoüberwachung von Bürgern in der Stadt Leipzig aus. Zunehmende Überwachung im Straßenverkehr, ÖPNV und an bzw. in Wohnhäuser ist nicht mehr hinnehmbar.

Begründung:

Aus Sicht des Antragssteller ist die durchgeführte Videoüberwachung im öffentlichen wie im privaten Sektor zweifelhaft. Die Resultate (Verbrechensaufklärung) sind minimal [1] im Gegensatz zu den Auswirkungen. Videoüberwachung führt maximal zur Verlagerungen von Kriminalität (Täter gewöhnen und passen sich an, Wegsehen von Problemen, Ghettobildung). Die soziale Verantwortung des Menschen wird auf die Technik abgewälzt. Videoüberwachung erzeugt ein falsches Gefühl von Sicherheit. Videoüberwachung führt zu Verhaltensänderungen (Eingriff in die freie Entfaltung des Menschen) und birgt die Gefahr von Ausbau von Personenprofilen (Datenschutzgefahr). Die Nachteile der Videoüberwachung überwiegen, daher ist dies ein unnützes Instrument und gehört beendet.

[1] von 1996 bis 2007 wurden 86 Straftäter gestellt.

PA13 - "Richtlinien zur Transparenz"

Antragssteller: Heiko Wolf

Antragstext:

Die Piratenpartei Deutschland Kreisverband Leipzig fordert klare Richtlinien zur Umsetzung von Transparenz. Neben der Informationspflicht gegenüber dem Bürger hat die Stadt Leipzig folgende Aspekte dabei zu beachten:

- Verwendung von einfacher Sprache (z. B. Vermeidung von langen Schachtelsätze und Fremdwörter)
- Erklärungen von Fachtermini
- Verständlich gehalten
- barrierefrei
- intelligente Suchmechanismen.

Für das Verständnis der Informationsveröffentlichungen sollte:

- extreme Zeitbindung

- unnötige Konsultationen von Fachexperten vermieden werden.

Begründung:

Es ist unnütz Informationen zu veröffentlichen, wenn der Bürger die Flut der Informationen nicht durchschauen oder verstehen kann, daher sind genannte Richtlinien aus Sicht des Antragsstellers notwendig.

PA14 - "Übertragung der Stadtratsversammlungen über das Internet"

Antragssteller: Heiko Wolf

Antragstext:

Die Piratenpartei Deutschland Kreisverband fordern, dass sämtliche Ratsversammlungen der Stadt Leipzig über das Internet übertragen werden. Zusätzlich sollten diese zur nachträglichen Betrachtung unter Verwendung von offenen Formate aufbereitet und ins Internet gestellt werden.

Begründung:

Die Ratsversammlungen finden zu Zeiten und an einen definierten Ort statt, die es nicht jeden Bürger erlauben die Versammlungen wahrzunehmen. Die Bereitstellung der Stadtratsversammlungen über das Internet erweitert die Möglichkeit am politischen Leben teilzunehmen und sich umfassender zu informieren.

PA15 - "Jobcenter Leipzig I Reale Ausführung der maximalen Bedarfsgemeinschaften auf einen Sachbearbeiter"

Antragssteller: Heiko Wolf

Zur Verringerung der anfallenden Verwaltungskosten im Jobcenter wird die zulässige Größe von 150 (nach SGB II) Bedarfsgemeinschaften pro Sachbearbeiter verletzt. Aktuell fallen eher 250 Gemeinschaften auf einen Bearbeiter. Zudem sind die Stellen der Sachbearbeiter befristet. Durch diesen Zustand kann keine qualitative Betreuung einer Bedarfsgemeinschaft erfolgen. Ohne optimale Betreuung kann aber auch keine Integration in den Arbeitsmarkt erfolgen.

Antragstext:

Die Piratenpartei Leipzig Kreisverband Leipzig fordern, dass der Mensch wieder in den Fokus der öffentlichen Verwaltung steht und nicht hauptsächlich Kostenfaktoren das Geschehen bestimmen und gesetzliche Vorgaben übergangen werden. Die Betreuung im Jobcenter hat zu mindestens im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zu erfolgen. Idealerweise sollten sogar weniger Bedarfsgemeinschaften auf einen Sachbearbeiter erfolgen, um die persönliche Betreuung zu verbessern.

Antrag zurückgezogen, da die Zahlen noch nicht genau überprüft wurden. Eine Anfrage an die Stadt Leipzig wird focusiert.

PA16 - "Jobcenter Leipzig II Veröffentlichung der vollständigen Dienstanweisung"

Antragssteller: Heiko Wolf

Antragstext:

Ein Teil der Dienstanweisungen des Jobcenters Leipzig sind bereits einsehbar. Die Piratenpartei Deutschland Kreisverband Leipzig fordern die vollständige Veröffentlichungen der sämtlicher Dienstanweisung im Internet. Insbesondere die Langfassungen (z.B. Kosten der Unterkunft) und übrigen Kapiteln (z. B. Kosten der Unterkunftsrichtlinien).

Begründung:

Die Veröffentlichung der Dienstanweisungen ist ein weiterer Weg zur Informationsfreiheit.

PA17 - "Jobcenter Leipzig III Bestätigung des Eingangs von persönlich abgegeben Schreiben"

Antragssteller: Heiko Wolf

(Übernommen aus Vorlage von Dirk Feiertag (minimal modifiziert))

Antragstext:

Die Stadt Leipzig soll sich über die Trägerversammlung des Jobcenters Leipzig dafür einsetzen, dass das Jobcenter Leipzig eine Dienstanweisung folgenden Inhaltes erlässt: „Bürgern, die Unterlagen persönlich einreichen, ist auf Verlangen eine mit Datum, Eingangsstempel, Seitenzahl und Unterschrift des Annehmenden versehende Kopie dieser

Unterlagen auszuhändigen. Bei Abgabe mehrseitiger Dokumente genügt die Übergabe der ersten so beschrifteten, kopierten Seite.“

Begründung:

Durch diesen Erlass wird eine bessere Sicherheit für die Betroffenen gegenüber des Jobcenter Leipzig geschaffen. Abgegeben Unterlagen können so nicht mehr einfach „verschwinden“ und damit Nachteile der Einreichende verringert werden.

PA18 - "Schulsanierung"

Antragssteller: Heiko Wolf

Antragstext:

Die Piratenpartei Deutschland Kreisverband fordern mehr Investitionen zum Erhalt, Modernisierung und Ausbau von Schulen in Leipzig.

Begründung:

Schulen sind Bildungs- und Sozialumgebungen die ein entsprechendes Umfeld zur Realisierung von Bildungszielen bieten sollen. Solange es eine vom Staat gesetzte Schulpflicht gibt, ist es für den Antragsteller nicht hinnehmbar, dass die Stadt Leipzig Schulen vernachlässigt. Nicht nur qualitative Bildung ist wichtig, sondern auch das Umfeld. Weiterhin steigen die Schülerzahlen wieder an, ohne ausreichende moderne Schulen, wird die Bildung und soziale Interaktion leiden.

PA19

Antragssteller: Ulrich

Antragstext:

Car-Sharing:

Die Piraten Leipzig wollen, dass die Stadt Leipzig das Car-Sharing als Teil des Öffentlichen Verkehrs fördert. Hierzu sollen u.a. ungenutzte Freiflächen der Öffentlichen Hand bevorzugt zur Einrichtung von Mietstationen zur Verfügung gestellt werden sollen. Dieses hat im Idealfall unentgeltlich, sonst jedoch zu bevorzugten Konditionen zu geschehen. Die in Frage kommen Freiflächen sollen an leicht erkennbaren und gut erreichbaren Orten sein und sich möglichst gleichmäßig und flächendeckend über das Stadtgebiet verteilen.

PA20 - "LVB"

Antragssteller: Ulrich

Antragstext:

Die Piratenpartei Leipzig fordert, dass die LVB bis zur Einführung des „Fahrscheinlosen ÖPNV“ ihre Tarifstruktur grundlegend überarbeiten. Hierbei soll der Fokus auf Klarheit und Kundenfreundlichkeit gelegt werden. Die "Einstiegshürde" statt des PKW den ÖPNV zu nutzen, muß so niedrig wie möglich sein.

PA21 - "Tempo-30-Zonen"

Antragssteller: Ulrich

Antragstext:

Die Piratenpartei Leipzig fordert, dass die Stadt Leipzig unverzüglich eine Prüfung der Ausweitung von Tempo-30-Zonen auf alle Leipziger Wohngebiete beschließt. Desweiteren soll eine grundsätzliche Einführung von Tempo 30 im gesamten Stadtgebiet entsprechend dem aktuellen LRP geprüft werden.

Alternativ:

Die Leipziger Piratenpartei fordert, dass die Stadt Leipzig unverzüglich eine Ausweitung der Tempo-30-Zonen grds. auf alle Wohngebiete beschließt.

Begründung:

Tempo-30-Zonen reduzieren den Lärm sowie den Schadstoffausstoß (CO₂ und Feinstaub), da mit niedrigerer Drehzahl, also in einem höheren Gang gefahren wird. Die lärmintensiven Beschleunigungsvorgänge (Gas geben und Bremsen) nehmen ab bzw. sind schneller beendet. In Tempo-30-Zonen nimmt die Lärmbelastung um bis zu 7 dB und durchschnittlich um 3 dB(A) ab (Umweltbundesamt). Eine Lärmreduktion wird, außer von den Bürgern, auch von Brüssel gefordert. Um Tempo-30-Zonen wird man also gar nicht herum kommen. Aber sie sollen auf diese Wohngebiete beschränkt werden/bleiben. Auch würde eine solche Maßnahme eine deutliche Abnahme der Unfallzahlen mit Verletzten und Toten bedeuten. Pere Navarro, Direktor der spanischen Verkehrsbehörde: "Werden Fußgänger mit 70 km/h angefahren, haben sie keine Chance. Bei 50 km/h überleben 50 Prozent und bei 30 km/h 95 Prozent der Fußgänger."

PA22 - "Straßenbeleuchtung, LED-Beleuchtung"

Antragssteller: Ulrich

Antragstext:

Die Piratenpartei Leipzig fordert, dass bei der Neugestaltung von Straßen oder Straßenabschnitten bei der Straßenbeleuchtung LED-Technik Anwendung findet. Kaltweißes Licht ist im Innenstadtbereich zu vermeiden und grundsätzlich auf Industriegebiete und den Stadtrand bzw. freie Flächen zu beschränken. In Wohngebieten ist grundsätzlich das Licht zu

verwenden, welches vom menschlichen Auge als angenehmer empfunden wird. Derzeitige Bauvorhaben sollen hinsichtlich der Beleuchtung entsprechend abgeändert werden.

PA23 - "Fassadenbegrünung und Dachflächenbegrünung"

Antragssteller: Ulrich

Antragstext:

Die Piratenpartei Leipzig fordert, dass die Stadt Leipzig prüft, ob und wenn ja wieweit die Fassaden und Dächer kommunaler Gebäude begrünt werden können. Positionspapier:

PA24 - "Fahrradverkehr in Leipzig"

Antragssteller: Ulrich

Antragstext:

Die Piraten Leipzig setzen sich dafür ein, dass die Stadt Leipzig grundsätzlich fahrradfreundlicher wird. Hierzu gehört unter anderem die weitere Verbreitung von Anschluss-Bügeln, die Schaffung von Fahrrad-Garagen, die Förderung von Mietstationen für Fahrräder etc. Für die Umsetzung dieser Konzepte schlagen die Piraten Leipzig eine Kooperation mit dem lokalen ADFC vor.

PA25 - "Internetportal der Leipziger Piraten"

Antragssteller: Henny

Antragstext:

Es sind dringend alle möglichen Anstrengungen auf die Etablierung eines zuverlässig funktionsfähigen, transparenten und übersichtlichen Internetportals der Leipziger Piraten (reichlich vergleichbare Beispiele) zu richten. Das sollte zu mindest folgende Inhalte anbieten: 1. AKTUELL mit Kalender, Nachrichten und den „heißesten“ Themen 2. THEMEN (wie „aktuell“ für jedes Thema, Programm oder Positionspapier nicht mehr als 500 Zeichen, auf Klick weiter in die Themen oder Diskussion). Damit könnten alle Themen übersichtlich dargestellt werden) 3. ORGANISATION (Arbeitsgruppen, Vorstand, etc.) 4. MITMACHEN / KONTAKT Finden und Festlegen der Macher und eines ZIEL-Termins! (Wenn nötig sollte uns diese Arbeitsleistung - redaktionell und technisch - eine Spende wert sein!) Bitte im Auge behalten, mit einem guten Portal, gewinnen wir auch engagierte Mitglieder. Es ist Aushängeschild und Einladung zugleich!!

PA26 - Bündnis "Transparenz schafft Vertrauen" aufbauen

Antragssteller: Henny

Antragstext:

In Abhängigkeit von aktuellen Entwicklungen auf der Stadtratssitzung am 20.6. bitte ich, die Schaffung eines Bündnisses analog zum Hamburger Vorgehen (dort ein Zusammenschluss von Transparency International, Chaos Computer Club (CCC), Piratenpartei, Bündnis 90/Die Grünen, Attac, der mit einer Bürgerinitiative die Einführung des Informationsregisters vorangetrieben hat) zu beraten.

In Ergänzung zum von mir mitgetragenen Antrag zur Entwicklung echter Bürgerbeteiligung in Leipzig möchte ich unbedingt auf das Eigeninteresse vieler Verwaltungsangestellter an „Verschlankung“ der Verwaltung und Transparenz hinweisen. Auch bei den „Ausführenden“ herrscht teilweise höchste Unzufriedenheit über ineffektive und überbordende Verwaltungsvorgänge, deren vorgegebene Abläufe einen, dem Menschen zugewandten und seine Interessen wahren Umgang mit den Bürgern ersticken. Dies halte ich für ein Kernthema.

PA27 - "Beratung des Vorschlages für die offene Bürger Plattform"

Antragssteller: Henny

Antragstext:

1. Einbeziehung aller Leipziger in die Diskussion: Was macht Leipzig aus? Wie soll sich die Stadt künftig entwickeln? Welche Ressourcen gibt es? Welche Schwerpunkte sind mehrheitsfähig? 2. Es wäre sinnvoll für die Umsetzung eine Arbeitsgruppe zu bilden 3. Wer könnte einem Netzwerk zur Unterstützung des Projekts angehören? Im Anhang übermittele ich nochmals meinen Entwurf.

PA28 - "Idee: „Digitaler Bürger – Konvent für Leipzig“"

Antragssteller: Henny

Antragstext:

bring deine Stimme ein, bevor du sie abgibst

offene Bürger-Plattform für unsere Stadt: mitdenken - mitwirken - mitgestalten

Was macht unsere Stadt aus? Wohin kann die Entwicklung gehen? Was muss besser werden? Wo können wir sparen? Wo müssen wir investieren? Welche Ressourcen haben wir? Wie halten wir die reichen Traditionen lebendig und machen sie produktiv? Wie gewinnen wir Fähigkeiten und bauen Transferleistungen ab? Wie machen wir die Verwaltung schlanker und transparent? Wo stoßen welche Interessen aufeinander? Wie handeln wir mehrheitsfähige Lösungen aus?

Das ist eine Plattform für Information, Austausch und Debatte, zum Sammeln von Ideen und Potenzen mit dem Ziel, gute Lösungen zu finden und gemeinsam ins Handeln zu kommen. Dieses Forum ist offen für alle und überparteilich. Die diskutierten Inhalte und umsetzbare Vorschläge finden Eingang in die Politik der Piraten für Leipzig.

Je mehr Bürger - von jung bis sehr erfahren – sich an dieser freien „Bürgerversammlung“ beteiligen, desto besser kann sie ihren Zweck erfüllen.

Menschen ohne Zugang zum Internet können sich unter Telefon 0341 / melden. Dort vermitteln wir „Paten“, die weiterhelfen.

Der digitale Bürger-Konvent für Leipzig ist offen für alle und benötigt Sie alle!

Er sollte ein Modell für ernsthafte und verbindliche Bürgerbeteiligung werden, indem 1. monatlich die Diskussionen ausgewertet werden, Fortschritte und neue Ansätze in den diskutierten Themen deutlich gemacht werden (Redaktion) 2. vordringliche Themen mit klaren Vorschlägen gemeinsam mit Bürgervereinigungen über die Piraten in den Stadtrat eingebracht werden

Inhalt / Aufbau

A. Angebot einer Infodatenbank zu wichtigen kommunalpolitischen Themen:

- knapp, aktuell, klare Fakten, - wichtige kommunalpolitische Dokumente, - gut vernetzt mit neuen Projekten und Ideen auch aus anderen Städten

B. Wichtige Themen für die Stadt:

Aus welchem Grund, mit welchen Lösungsansätzen und welchen Argumenten? Diskussion: pro / contra / Alternativen

Mögliche Themen - eine Auswahl:

1. Transparenzsatzung
2. fahrscheinloser öffentlicher Nahverkehr
3. Herrenlose Häuser
4. Einbindung der berufstätigen, Familienarbeit leistenden Bürger in politische Gestaltung über guten Zugriff auf Infos & verbindliche Formen der Bürgerbeteiligung

5. Einführung obligatorischer Bürgerentscheide zu bestimmten Themen (z.B. Eingriffe in die Verkehrsinfrastruktur des ÖPNV, Privatisierung kommunalen Eigentums zur Daseinsfürsorge, und weitere)

6. Welche Formen der Mitbestimmung: Bürgerentscheide oder Bürgerbeteiligung sollen in welchen Politikfeldern angewendet werden?

7. Grundsätze für kommunalem Grundstückerwerb: Preis- und Weiterverkaufsschranken

8. Privatisierung kommunalen Eigentums mit vinkulierten Namensaktien (Aktienrecht gibt höchste Transparenz) z.B. Stadtwerke, PerData, etc.

9. Leipzig hat ein enormes Potential durch seinen kulturellen Reichtums - die Subventionierung des damit verbundenen Kulturbetriebes muss an Themen und Aufgaben für die Bildung und Alltagskultur in der Stadt gebunden werden (das spart Gelder an anderer Stelle)

10. Lehrmittelfreiheit

11. Wege aus dem Bildungschaos (Kitas bis Lehrermangel) z. B. Einsatz von gut / akademisch gebildeten Langzeitarbeitslosen, die pädagogisch „gerüstet“ werden

12. Das Potential der Arbeit Suchenden und Langzeitarbeitslosen analysieren

13. Programm für Mittelstand / Wirtschaft (Wissenschaftsstandort, Kreativwirtschaft)

14. Filter für Müllverbrennungsanlagen

15. Luftreinhaltungsgesetz (das aktuelle hat reichlich Ungereimtheiten, neue Vorschläge)

16. Wasseraufbereitung wie Aachen, ca. 200 Inhaltsstoffe nachweisen und ausfiltern

17. obligatorische Umweltkontrollen für Unternehmen (1 mal jährlich angemeldet, 1 mal unangemeldet)

18. Fassaden- und Dächerbegrünung (Lärm, Schadstoffe, Wärmedämmung)

19. Eingangsquittung Arbeitsamt, Gesprächsnotizen verpflichtend

20. Aufklärung über Beratungspflicht bei allen Behördenkontakten laut SBG

21. Bürgerkontrolling für städtische Ämter

22. Überwachungskameras: dienen sie der öffentlichen Sicherheit oder der Verdrängung von Problemen?

C. Welche weiteren Themen gehören auf die Tagesordnung?

D. Umfrage unter den Nutzern der Plattform

(nur Angebot, nicht zwingend bei Beteiligung auf diesen Seiten, die offene Fragen werden begrenzt auf bestimmte Zeichenmenge)

Was ist mir an Leipzig wertvoll?

Was muss in Leipzig gestärkt / entwickelt werden?

Was kann ich für meine Stadt tun?

Was möchte ich für meine Stadt tun?

Wo sehe ich andere in der Pflicht?

Welche der hier vorgestellten Themen sollten Vorrang haben? (Interessenlage!! mit Voting über die Vordringlichkeit von Themen, können wichtige Themen schneller anpackt werden)

E. Es sollten die aktuellsten Tools für Bürgerbeteiligung angelegt werden

F. Welche Themen sind in der bundesweiten Diskussion / Beiträge dazu

Modell für funktionierende Bürgerbeteiligung entwickeln Über welche Themen sollten künftig deutschlandweit in obligatorischen Volksentscheidungen abgestimmt werden Nicht „Grundeinkommen“, sondern „Bürgergeld“, das für volle Auszahlung an Wahrnehmung staatsbürgerlicher Verantwortung gebunden ist, wie Teilnahme an Wahlen und kommunalen Abstimmungen und gemeinnützige Tätigkeiten (z.B. 2-4 Stunde pro Woche in Sportvereinen, Altenheim, Ganztagsbetreuung, Behördengänge begleiten, Elternbeiräte, Bibliothek, Tafel etc. - Mütter von Vorschulkindern nur freiwillig, ebenso Menschen, die Angehörige pflegen, Jugendliche ab 12 Jahre 2 h) Das menschliche Maß im Zeitalter der Dauerverfügbarkeit, Enthumanisierung von Verwaltung und existentiellen Verunsicherung – Bezug zu Menschenrechten

G. Grundsätze des Bürger-Konvents:

Zugang zu Wissen und umfassender Information ist Voraussetzung für Debatte, Kompetenz und Entscheidungsfindung

Ziel: „Politik von unten“, breite Basis für die Stadt schaffen, Fähigkeiten finden und sichtbar machen, Bürger ermutigen und herausfordern zur Mitwirkung

Neue Politik-Kultur: Aufklärung und Mitbestimmung = Ermächtigung 2.0:

Bürger wahrnehmen, ihre Interessen ernst nehmen, Kompetenz zutrauen, dafür die Voraussetzungen schaffen, den Sachverstand schärfen

klare Begriffe (gegen das Vorurteilsrauschen, z.B. „fahrscheinlos“ - „kostenlos“)

Kompetenzen über die Kurzbefragung sammeln (siehe D, erweitern)

Entfalten und Verbreiten neuer gesellschaftlicher Konzepte

Leipzig ist eine besondere Stadt mit enormer kultureller Tradition aus Kunst, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Eine starke Bürgerstadt seit ihren Anfängen. Das Vermögen der Stadt waren seit je das innovative Engagement, die Anziehungskraft für Talente und die Leistungsfähigkeit seiner Bürger. Das ist das Kapital dieser Stadt und das muss auch ihre Zukunft sein.

Respekt und Aufmerksamkeit füreinander. Zuhören und lernen! Menschliches Maß.
Aufrechter Gang. Bewährtes aufnehmen und Ungewöhnliches durchsetzen.

PA29 - "OBM- Wahl mit eigenem Kandidaten der Piraten"

Antragssteller: Sasha (auf dem KPT vertreten durch Thomas W.)

Antragstext:

Grundsatzentscheidung darüber, ob ein Kandidat der Piraten gewollt ist

Ahoij liebe Vorstände,

hiermit beantrage ich,

auf dem kommenden KPT im Abstimmungswege grundsätzlich darüber zu entscheiden, ob zur kommenden OBM-Wahl mit einem Kandidaten der Piraten angetreten werden soll oder nicht.

(Hierbei soll es ausdrücklich nicht darum gehen, wer dieser Kandidat ist, ob Pirat oder Externer, sondern um die Grundsatzfrage, ob überhaupt ein Kandidat für die Piraten antreten soll.)

Begründung:

Die Piraten werden in der Öffentlichkeit als politische Alternative wahrgenommen und - wie die letzten Landtagswahlen zeigten - auch gewählt. In Leipzig steht eine zentrale Wahl im Januar 2013 an, die OBM-Wahl.

Es ist nun durch die Piratenbasis abzuwägen, ob es uns Piraten eher nutzen würde, mit einem eigenen Kandidaten anzutreten und ein ordentliches Ergebnis anzustreben oder auf einen Kandidaten zu verzichten, wenn es der piratischen Sache eher abträglich wäre. Diese Abwägung, ob oder ob nicht, ist eine Prognose, die nicht leicht zu treffen ist, um die wir uns aber auch nicht drücken können und dürfen. Es gilt vielmehr, endlich Farbe zu bekennen, was wir in Leipzig als orangefarbene politische Kraft gestalten sollen und wollen. Deshalb fordere

ich die Piratenbasis auf, über die Kandidatenfrage auf dem KPT im Grundsatz Klarheit zu schaffen, da hiervon auch abhängt, ob und wen wir anschließend im Rahmen der Kandidatenauswahl ansprechen oder darauf verzichten.

Z01

Inhaltliche Diskussion zur Veröffentlichung "Plan B - Revolution des Systems für eine tatsächliche Neuordnung - von Andreas Popp und Rico Albrecht" (Quelle der Veröffentlichung: <http://www.wissensmanufaktur.net/plan-b>)

Z02 - "Themenranking"

Antragssteller: Henny

Antragstext:

Nach Bekanntgabe aller Inhalte der Tagesordnung sollte bei starker Themenvielfalt zu Beginn per Abstimmung eine Dringlichkeit der Themen erhoben werden, damit grundlegende und terminlich drängende Themen gute Aussicht auf Bearbeitung in der zur Verfügung stehenden Zeit bekommen. (Möglicherweise mit je einer Pro- und Contra-Argumentation)